

Koalitionsvertrag Hessen 2023

Am 18.12.2023 wurde in Hessen der Koalitionsvertrag der beiden Regierungsparteien Christlich Demokratische Union Deutschlands und der Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die kommende Legislaturperiode unterzeichnet. Es folgt eine Zusammenfassung der branchenrelevanten Aspekte sowie eine Kommentierung aus AGR-Sicht.

Waldstilllegung als Einschränkung im Klimaschutz

Die Regierungsparteien CDU und SPD bekennen sich klar für die nachhaltige Forst- und Holzwirtschaft und gegen weitere Stilllegungen, Auflagen und Beschränkungen im Wald, weil „der Klimaschutz dadurch eingeschränkt und der wichtige Rohstoff Holz nicht mehr bereitgestellt wird“ (S.133). „Das Einschlagsmoratorium für alte Buchen im Staatswald werden (die Parteien) beenden und eine nachhaltige und naturverträgliche Nutzung der Bestände und natürliche Verjüngung und Waldentwicklung auf den Flächen wieder ermöglichen“ (S. 133).

Baumartenwahl

Dem Koalitionsvertrag ist zu entnehmen, dass „(wir) für den Aufbau klimastabiler Wälder (...) auch neue, klimaangepasste Baumarten für die Anpflanzung zulassen und in die forstliche Förderung aufnehmen (werden). Zum Artenreichtum gehören auch Varietäten, die längere wärmere und trockenere Klimaphasen aushalten. Wir werden die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer mit der Bereitstellung von Informationen und über eine Flexibilisierung der forstlichen Förderung noch unbürokratischer unterstützen“ (S.133)

Holznutzung und -bereitstellung

Die Regierungsparteien betonen, dass es von besonderer Bedeutung ist, dass „der Wald auch in Zukunft nachhaltig bewirtschaftet werden kann“ (S.133). Dies gelte für alle Waldbesitzformen. Im privaten und kommunalen Waldbesitz bedeutet dies durch die „Umgestaltung und Dezentralisierung der Vermarktung des hessischen Holzes“ ein „marktoffenes und kartellrechtskonformes Angebot“ zu schaffen (S.134). Erreicht werden soll dies durch die Unterstützung forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse und Forstbetriebsgemeinschaften. Erforderlich hierfür sei „die Mobilisierung der nachhaltigen Holzvorräte“, wodurch die „ausreichende Rohstoffversorgung der hessischen Sägewerke und holzverarbeitenden Industrie aus heimischen Wäldern gewährleistet“ bliebe (S.133).

Multifunktionaler Wald

Angestrebt wird nach eigenen Angaben ein „multifunktionaler Wald in Hessen“, der die verschiedenen Nutzungsansprüche gleichermaßen berücksichtigt, wodurch

Ökologie und Ökonomie in ein Gleichgewicht gebracht würden (S.132). Für Waldumbau und Wiederbewaldung sollen unbürokratische Angebote gestellt werden. Weiter betonen die Vertragspartner, dass sie „die Biodiversität in (ihren) Wäldern durch die nachhaltige, multifunktionale Forstwirtschaft wirksam geschützt“ sehen (S. 133).

Heizen mit Holz

In Hessen wird angestrebt, dass das Heizen mit Holz eine „besonders umweltverträgliche und nachhaltige Form der Energieerzeugung bleibt“ (S.151). Bis zur EU-Ebene möchte die Landesregierung die Position vertreten, dass „Holz und alle Reststoffe des Waldes als nachhaltige Roh- und Brennstoffe“ anerkannt werden (S.151).

Klimaschonend wohnen

Um die Klimaziele im Gebäudesektor bis 2045 zu erreichen, soll ein Schwerpunkt auf „wirtschaftliche Maßnahmen zur CO2-Einsparung durch den Einsatz klimafreundlicher Materialien, erneuerbarer Energien und die Senkung des Energieverbrauches“ gelegt werden (S.78).

AGR-Fazit

Die Notwendigkeit der aktiven Waldbewirtschaftung zum Wohle des Waldumbaus und Walderhalts, sowie im Klimaschutz, hat die Regierungskoalition in Hessen offenbar verstanden. Der Koalitionsvertrag enthält einige wichtige Entscheidungen, die nun umgesetzt werden müssen. Gerade im Bereich der Holzverwendung im klimaschonenden Wohnen sollte der Fokus auf die Verwendung des klimafreundlichen Bau- und Rohstoffes Holz gesetzt werden. Wenn hier Konkretisierungen anstehen, bieten sich die Interessensvertreter der Holzverbände wie der Hauptverband der Holzindustrie (HDH) gerne als Gesprächspartner an.

Den hessischen Koalitionsvertrag im Wortlaut finden Sie hier https://www.spd-hessen.de/wp-content/uploads/sites/269/2024/01/Koalitionsvertrag_2024.pdf